

VEREIN FÜR GESCHICHTE
UND HEIMATPFLEGE SOEST



Mitteilungen

29

mit dem Veranstaltungsprogramm bis Dezember 1999

**An die Mitglieder und Freunde
des Vereins für Geschichte und Heimatpflege Soest**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Nach den unter großer Resonanz verlaufenen Veranstaltungen unseres Vereins im 1. Halbjahr - ich meine besonders den Ausstellungsbesuch in Essen, die Studienfahrt ins Gartenreich Wörlitz sowie die Schloßfete in Bad Sassendorf - stehen im 2. Halbjahr der Besuch des Kulturvereins der Soester Partnerstadt Herzberg (10.-12. September) sowie die Ausstellung „Kunst und Kultur der Karolingerzeit“ in Paderborn im Vordergrund. Zur Vorbereitung spricht am 14. September Prof. Dr. Arnold Angenendt (Münster) über Paderborn 799. In das Konzept der Ausstellung möchte ich selbst eine Einführung mit Lichtbildern geben, und zwar am Freitag, dem 24.9., um 19.30 Uhr in der Ressource, unmittelbar vor dem Ausstellungsbesuch des Vereins am 25.9.

Zur Teilnahme am Heimatgebietstag des Westfälischen Heimatbundes in Welper-Flerke am 4. September und auch zur Teilnahme am Workshop der Region Hellweg am 18. September zum Thema „Ausgrabungen in Soest“ laden wir Sie herzlich ein (Programm und Anmeldung wie gewohnt unter Tel. (0 29 21/1 03-3 43).

Der Vorstand des Vereins plant zur Zeit im Rahmen des Jahresprogramms 2000 besondere Initiativen. Gedacht ist an einen sonntäglichen Jahresempfang im Januar und an eine stadtgeschichtliche Ausstellung unter dem besonderen Aspekt Münz- und Geldgeschichte, Armut und Reichtum in historischen Zeitsprüngen. Es empfiehlt sich die Anbindung an eine archäologische Schau im September 2000 im Wilhelm-Morgner-Haus. Denkbar ist auch die Stiftung oder Restaurierung eines historischen Denkmals. Jeder Verein ist auf die Ideen, Vorschläge und das Engagement seiner Mitglieder angewiesen. Wir möchten Sie daher auffordern, sich an unseren Planungen zu beteiligen. Dies betrifft vor allem auch Vorschläge, die sich auf die Erkundung naturräumlicher und geographischer Gegebenheiten unserer Heimat und Region, etwa im Rahmen von Exkursionen, beziehen.

Zum Jahresende werden Sie wie gewohnt die „Soester Zeitschrift“ erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ulrich Lör, Vorsitzender

Britische Militärjustiz in Soest 1945: Der Mordfall Knickenberg vor dem General Military Court

Nach der Kapitulation schloß die britische Besatzungsmacht die Behörden der deutschen Justiz, sie hatten sich in der NS-Zeit nicht der Pflege des Rechts gewidmet, sondern als blutiges Terrorinstrument gebrauchen lassen. Auch die von Heinrich Himmler befehligte deutsche Polizei war in die nationalsozialistischen Staatsverbrechen zutiefst verstrickt, mit Blut besudelt und diskreditiert.

Gerade jetzt wurden aber funktionierende Polizei- und Justizorgane dringend gebraucht. Die Kriminalität stieg in Deutschland und auch im Raum Soest „geradezu inflationär“ an (Ulrich Herbert: Fremdarbeiter. Berlin, Bonn 1986, S. 343). Deshalb installierten die Briten den dreistufigen Instanzenzug ihrer Militärjustiz. Im Soester Amtsgerichtsgebäude und in der Turnhalle der Patroklischule traten der Summary Military Court (Einfaches Militärgericht), der Intermediate Military Court (Mittleres Militärgericht) und der General Military Court (Oberes Militärgericht) zusammen.

Die Prozeßregister und ein Teil der Verfahrensakten sind noch im Britischen Nationalarchiv (Public Record Office in Kew bei London) vorhanden.

Unter der Signatur FO 1060/1697 ist die Akte des Mordfalls Knickenberg abgelegt: In der Einecker Vöhde führte die Ehefrau S. einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb. Ihr Mann Wilhelm war Soldat. 1944 stellte Frau S. den 20jährigen Sägewerksarbeiter Friedrich Knickenberg ein, der nach zweijährigem Kriegseinsatz als Invalide aus der Wehrmacht ausgeschieden war. Es blieb nicht bei einem reinen Arbeitsverhältnis. Es entwickelte sich eine engere persönliche Beziehung, die empfindlich gestört wurde, als der Ehemann S. am 24. Juni 1945 zurückkehrte. Zwischen den Eheleuten kam es zu hartem und andauerndem Streit, und schließlich faßte Frau S. den Vorsatz, ihren Mann ermorden zu lassen. Ihr Versuch, einen ehemaligen Fremdarbeiter dazu anzustiften, mißlang aber. Die anschließenden Verhandlungen mit zwei Displaced Persons aus Italien ließen sich zunächst vielversprechend an; jedenfalls nahmen sie die als Anzahlung gedachte Portion Brot und Butter entgegen. Am vereinbarten Treffpunkt zur Ausführung der Tat erschienen sie jedoch nicht.

Als nächstes suchte Frau S. in Begleitung einer Bekannten ein Lager für polnische Displaced Persons auf, um wiederum zu versuchen, einen Bereitwilligen zur Ausführung ihres Vorhabens zu finden. Auch dieser dritte Anlauf schlug fehl.

Nun ließ sich Frau S. die Pistole eines deutschen Bekannten geben, lud einen befreundeten jungen Deutschen auf ihren Hof ein und versprach ihm eine Portion Fleisch. Ihr nun zum vierten Mal vorgebrachtes Anliegen, ihren Mann zu töten, lehnte er ab.

Am Abend des nächsten Tages, des 6.8.1945, gegen 22.30 Uhr kam es zur Tat. Ehemann S. stahl Kartoffeln vom Feld eines Nachbarn; Friedrich Knickenberg kam hinzu und half mit. Bei günstiger Gelegenheit zückte er die Pistole und schoß S. zweimal in den Rücken. Die Verletzungen waren tödlich.

Am nächsten Morgen erschien der Täter beim Einecker Bürgermeister Grote und meldete den Todesfall. Der schickte ihn weiter zum Gendarmerie-Gruppenposten Ampen. Der Täter verriet sich durch seinen ungeschickten Versuch, die Tatwaffe loszuwerden. Die Gendarmen Winnich und Hoffmann hatten bemerkt, daß er die Pistole in einen Graben geworfen hatte. Sie zogen die naheliegenden Schlüsse und nahmen ihn fest.

Eine Mordkommission, die in normalen Zeiten üblicherweise die weiteren Ermittlungen geführt hätte, bestand nicht. Staatsanwaltschaft und Untersuchungsrichter amtierten

gleichfalls nicht. Herr des weiteren Verfahrens war der Offizier für öffentliche Sicherheit der Militärregierung in Soest. Der veranlaßte, daß die Leiche im Marienkrankenhaus seziert, die nötigen Vernehmungen durchgeführt und die Protokolle ins Englische übersetzt wurden.

Am 17.10.1945 waren die Anklageschriften fertig. Im Gegensatz zu deutschen Gepflogenheiten wird darin das Ermittlungsergebnis nicht ausführlich dargelegt. Vielmehr handelt es sich um kurze Formulare mit drei- bis fünfzeiligen Rubriken, in die die Vorwürfe und die verletzte gesetzlichen Bestimmungen einzutragen waren. Zugrunde lagen übrigens nicht britische Strafrechtsbestimmungen, sondern neu erlassene Gesetze der Besatzungsmacht und das bisherige deutsche Strafgesetzbuch.

Am nächsten Tag um 14 Uhr begann die Verhandlung des General Military Court unter Vorsitz von Colonel Blagden im Amtsgerichtsgebäude in der Nöttenstraße. Als Anklagevertreter fungierte Joseph A. Gardner, der Offizier für öffentliche Sicherheit im Kreis Soest (Public Safety Officer des Military Government Detachment 916). Die Verteidigung übernahmen der aus der Kommunalpolitik bekannte Rechtsanwalt Dr. Artur Sträter und die Kollegen seiner Sozietät.

Am 12.11.1945 verurteilte das Gericht Friedrich Knickenberg zum Tode und die Ehefrau S. zu lebenslänglicher Haft im Zuchthaus. Die drei Richter hatten die Todesstrafe gegen sie nur deshalb nicht verhängt, weil sie schwanger war und die Hinrichtung werdender Mütter nach britischen Gepflogenheiten nicht in Frage kam.

Sechs Tage später stellte Knickenbergs Verteidiger ein Gnadengesuch. Am 9.12.1945 wurde Feldmarschall Montgomery das ablehnende Ergebnis der Revision des Todesurteils im Hauptquartier des Britischen Teils des Alliierten Kontrollrats in Lübbecke zur Unterschrift vorgelegt. Beigelegt war die Anweisung zur Vollstreckung der Todesstrafe (Death Warrant), die er ebenfalls abzeichnete. Am 17.12.1945 wurde Knickenberg morgens um 8.30 Uhr in der Dortmunder Untersuchungshaftanstalt hingerichtet.

Ehefrau S. wurde später zu 20 Jahren Haft begnadigt. Der Zuchthausdirektor in Werl bescheinigte ihr gutes Betragen und Fleiß. Die Schwere ihres Verbrechens sei ihr nicht ins Bewußtsein gedrungen, sie fühle sich zu Unrecht verurteilt.

Um die britische Militärpolizei und Militärjustiz zu entlasten, entschloß sich die Besatzungsmacht, die deutsche Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte reorganisiert wieder zuzulassen und mit den nötigen Befugnissen auszustatten (Dazu: Bernhard Diestelkamp und Susanne Jung: Die Justiz in den Westzonen und der frühen Bundesrepublik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B 13-14/89, S. 19-29). Daß dabei auf Personal zurückgegriffen werden mußte, das an NS-Verfolgungs- und Terrormaßnahmen dienstlich beteiligt gewesen war, wurde in Kauf genommen.

Reimer Möller

RETURN OF WARRANT

Meve

FRIEDRICH KNICKENBERG

The above sentence imposed on

was put into execution at DORTMUND UNTERZUCHUNGSHAFTANSTALT

(Location)

on 17 DECEMBER 1945

(Date)

0830

(Hour)

Arnold Van Arnhem

(Signature and Appointment)

Prison Official

H. J. Koster Maj.

(Countersignature and Rank)

Military Government Officer and Identifying Witness

FDU CG 907 200x2 10-45

Bestätigung über die Vollstreckung des Todesurteils an Friedrich Knickenberg



Die britische Militärregierung überträgt die erstinstanzlichen Zivil- und Strafsachen wieder in die Zuständigkeit des Soester Amtsgerichts. Militärregierung, Richter, Zivilverwaltung und Anwälte nach der feierlichen Eröffnungssitzung des Amtsgerichts Soest am 11. September 1945. Stadtarchiv Soest Neg.-Nr. A 2973/36

Chronik der „Westfalenpost“

Darstellung der Jahre 1946 bis 1950, in denen die WP ihren Verlagssitz in Soest hatte

Nach der bedingungslosen Kapitulation und Auflösung der Reichsregierung im Mai 1945 lebte die deutsche Bevölkerung in einem politischen Vakuum und ohne jede Information. Anweisungen der Militärregierungen - von ernannten deutschen Behördenmitgliedern mit Selbstaufopferung in die Tat umgesetzt - sollten das erstarrte Leben allmählich in Gang bringen. Hunger und Wohnungsnot waren die Hauptübel, die es zu bekämpfen galt. Die seelischen Belastungen der auseinandergerissenen Familien, die Unklarheit, ob vermißte Soldaten überlebten, die verheerenden Folgen der Zerstörung durch die Bombenangriffe und der Vormarsch der Sieger versetzten die Bevölkerung in Agonie.

Trotz dieser Stimmung wuchsen die ersten Regungen des Geistes. Die Menschen lernten allmählich begreifen, daß der braune Staat besiegt war und daß jeder wieder frei seine Meinung äußern durfte.

Die Militärregierung erkannte, daß der Demokratisierungsprozeß gefördert werden mußte, um eine „reeducation“ der Deutschen zu erreichen. Im Herbst 1945 waren in London die Gründung und Wiedenzulassung politischer Parteien und die Lizenzierung parteinaher Zeitungen beschlossen worden.

Am 2. 9. 1945 wurde die Christlich-Demokratische Partei (CDP) Westfalens in Bochum gegründet. Dr. Otto Boelitz und sein Schwiegersohn Dr. Artur Sträter gehörten zu ihren Mitbegründern.

Im Süden Deutschlands, der von den Amerikanern besetzt war, erschienen die ersten deutschsprachigen Zeitungen der Besatzungsmacht. In der im Laufe des Monats Mai 1945 endgültig festgelegten Britischen Zone erschienen für Westfalen zwei Zeitungen, und zwar die „Ruhr-Zeitung“, die im Verlag Lensing in Dortmund, und die „Neue Westfälische Zeitung“, die bei Holterdorf in Oelde gedruckt wurden. Diese Publikationen waren praktisch Anordnungsblätter des britischen Militärs, vergleichbar dem „Mitteilungsblatt für den Kreis Soest“, das mit „Genehmigung der Alliierten Militärregierung“ vom Soester Rocholdruck ab dem 20. Juli 1945 bis zum Wiedererscheinen des Soester Anzeigers am 1. Dezember 1949 herausgegeben wurde. Sie sollten im Zuge des Aufbaus der Demokratie bald durch neue Zeitungen ersetzt werden.

Das „Military Government - Information Control“ suchte Persönlichkeiten, denen die Lizenz für eine Tageszeitung anvertraut werden konnte. Voraussetzung war eine bewiesene kompromißlose Haltung im Dritten Reich gegenüber den NS-Machthabern.

Nach Gründung der politischen Parteien wurden von den Engländern Lizenzzeitungen aller Richtungen geplant, zunächst der SPD-, KPD- und Zentrumsrichtung; zuletzt, mehr als einen Monat später, die Zeitungen der CDU-Richtung.

Das Press-Control-Gremium hatte Verbreitungsgebiete für die neuen Lizenzzeitungen - teils unabhängig von alten Verwaltungsbezirken - bestimmt. So für den Raum Südwestfalen eine SPD-nahe, deckungsgleich eine der CDU nahestehende, und später, in einem begrenzten Raum, eine dem Zentrum nahestehende Tageszeitung.

Auf der Suche nach geeigneten Lizenzträgern für Südwestfalen waren die Engländer an den früheren preußischen Kultusminister Dr. Otto Boelitz und den Soester Rechtsanwalt Dr. Artur Sträter, Mitbegründer der CDU in Soest, herangetreten, Männer, deren kompromißlose Haltung gegenüber den Machthabern des Dritten Reichs bekannt war. Ihnen wurde die Lizenz für eine Tageszeitung angetragen, und der Titel „Westfalenpost“ akzeptiert. Das Lizenzträgergremium wurde auf Vorschlag von Dr. Boelitz und Dr. Sträter um

zwei weitere integrale Persönlichkeiten erweitert: den Landrat Josef Schrage aus Olpe und den Rechtsanwalt Aloys Entrup aus Meschede.

Überraschenderweise entstanden Dr. Boelitz gegenüber plötzlich Bedenken, mit der Begründung, er sei Präsident des Ibero-Amerikanischen Institutes in Berlin gewesen. Dieses Institut hatte Dr. Boelitz aufgrund seiner Auslandserfahrungen gegründet. Er war viele Jahre lang leitend an den deutschen Schulen in Brüssel und Barcelona tätig gewesen. Er hatte nach der Beendigung seiner politischen Tätigkeit als Abgeordneter des Preußischen Landtages und als Kultusminister in Berlin mehrfach im Auftrag des Auswärtigen Amtes die deutschen Schulen und Institutionen in Süd- und Mittelamerika besucht. Bei der Gelegenheit wurde ihm eine wertvolle Bibliothek übergeben, die das Fundament des Ibero-Amerikanischen Institutes bildete, das der Berliner Universität angegliedert und von Dr. Boelitz bis zum Beginn des Dritten Reiches geleitet wurde. Unter seinem Nachfolger, General Vaupel, wurde nach 1933 das Institut zu NS-Propaganda- und Spionagezwecken mißbraucht.

Dr. Boelitz bestand auf Überprüfung durch die höchste Instanz der Militärregierung. Er konnte belegen, daß er 1933 die Leitung des Institutes niedergelegt, einen Eintritt in die NSDAP und eine Wiederberufung zum Kultusminister abgelehnt hatte, dafür mit dem Verlust seiner Pension und aller Ämter bestraft und als Regimegegner fortan laufend überwacht wurde.

Nach Abschluß des Verfahrens wurde Dr. Boelitz voll rehabilitiert und als Herausgeber der „Westfalenpost“ bestätigt.

Da die Überprüfung der ernannten Lizenzträger bis zum festgesetzten Erscheinen der „Westfalenpost“ noch nicht abgeschlossen war, blieb aus dem ursprünglich vorgesehenen Gremium zunächst nur Dr. Sträter übrig. Nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft war seine Überprüfung bereits im Juli 1945 erfolgt, und seine Haltung im Dritten Reich durch ein Verfahren gegen ihn vor dem NS-Sondergericht belegt. Durch Verteidigungen vor dem High Court war er der Militärregierung bekannt.

Am 10. März 1946 wurde ihm die Lizenz Nr. 38 erteilt.

Der Verlag der „Westfalenpost GmbH“ wurde am 1. April 1946 gegründet, Verlagssitz wurde Soest. Die Gesellschafter waren Dr. Otto Boelitz, Dr. Artur Sträter, Dorita Sträter, Josef Schrage und Aloys Entrup. Zu Geschäftsführern wurden Dr. Boelitz und Dr. Sträter bestellt. Die erste Ausgabe der WP erschien am 26. April 1946.

Mit dem journalistisch und verlegerisch erfahrenen Chefredakteur Edmund Pesch gelang es, in denkbar kürzester Zeit die Hauptredaktion in Soest und für jede Kreisstadt eine Lokalredaktion aufzubauen und mit Redakteuren zu besetzen, die von der Militärbehörde akzeptiert wurden. Es mußten die Verlagssparten Vertrieb und Anzeigen sowie Geschäftsstellen gegründet, Agentur-, Satz- und Druckverträge abgeschlossen werden. Die Zeitung erhielt zunächst ein geringes Papierkontingent, und konnte nur zweimal wöchentlich mit vier Seiten erscheinen.

Die Militärregierung setzte einerseits ihr Vertrauen in die von ihnen ausgesuchten Persönlichkeit, sie erließ andererseits exakte Anweisungen: „Richtlinien für alle zugelassenen Zeitungsverleger“.

Anfang April 1946 entwickelten Dr. Boelitz und Dr. Sträter vor ihren Mitarbeitern das Konzept der neuen Tageszeitung, das in einigen Sätzen für die erste Ausgabe der WP niedergelegt wurde und das für die Herausgeber, Chefredakteure und alle Redakteure der WP unverändert gilt.

Als Verbreitungsgebiet der „Westfalenpost“ war der südwestfälische Raum vorgesehen, mit Lokalausgaben in Hamm, Unna, Soest, Lippstadt, Hattingen, Schwelm, Hagen,

Iserlohn, Neheim-Hüsten, Arnsberg, Meschede, Brilon, Altena, Lüdenscheid, Olpe, Siegen, Berleburg und Laasphe.

Für das Ruhrgebiet hatte der Zeitungsverleger Lambert Lensing eine eigene Lizenz für die Tageszeitung „Ruhr-Nachrichten“ beantragt. Als die Engländer aber feststellten, daß die von ihm herausgegebene „Tremonia“ bis zum 6. April 1945 Durchhalteparolen gebracht hatte, wurde ihm die Lizenz verweigert. Dr. Sträter wurde kurzfristig aufgefordert, das Ruhrgebiet dem WP-Verbreitungsgebiet anzugliedern. So erschien die WP ab 1. September 1946 auch in Dortmund, Lünen, im Ennepe-Ruhr-Kreis, in Herne-Castrop, Bochum, Wattenscheid-Wanne, Gelsenkirchen, Bottrop-Gladbeck und in Stadt und Kreis Recklinghausen. Auf Dr. Sträters und Dr. Boelitz' Wunsch erhielt Lensing als Äquivalent die große Agentur der WP im Sauerland und den Druckauftrag für die Ruhrgebietsausgaben.

Die Altverleger, die nicht die Genehmigung zur Wiederherausgabe einer Zeitung erhalten hatten, waren weitgehend im Besitz ihrer technischen Anlagen und ihres Vertriebsapparates. Mit diesen Häusern schloß die WP Satz- und Druckverträge und teilweise Agenturverträge ab, die - wie der Essener Verleger der Neuen Ruhrzeitung, Dietrich Oppenberg, am 30. September 1946 schrieb - *den Altverlegern großzügige Gewinnmöglichkeiten boten.*

Nach Inkrafttreten des Grundgesetzes zum 23.5.1949 mußte sich die „Westfalenpost“ - nach Erteilung einer Lizenz für Lambert Lensing für die Dortmunder Ruhr-Nachrichten - auf das ursprüngliche Verbreitungsgebiet in Südwestfalen zurückziehen. Im Herbst 1949 erschienen 17 Heimatzeitungen im Verbreitungsgebiet der WP.

Diese neue Situation stellte die Geschäftsführung der WP vor wesentliche Entscheidungen: Der Verlagssitz wurde aus vielen Gründen, vor allem aus verkehrstechnischen, nach Hagen verlegt. Die teilweise weit entfernten lokalen Erscheinungsorte waren von Hagen aus sehr viel leichter zu erreichen. Hinzu kam, daß die Stadt Soest der WP Schwierigkeiten machte, eine Rotationshalle zu bauen, um die technische Herstellung der WP zu konzentrieren. Das war hingegen in Zusammenarbeit mit dem Zeitungsverleger Dr. Butz in Hagen sofort möglich. Verlag und Hauptredaktion zogen 1950 um.

Nun aber zurück zu der Zeit, in der die WP ihren Verlagssitz in Soest hatte. Trotz der grausamen Zerstörung des Soester Stadtkerns wurden ausreichend Räumlichkeiten für alle Mitarbeiter gefunden: Im Rocholdruck-Haus des Verlegers Walter Jahn in der Jakobistraße wurden die Setzerei und die Räume für die Redaktion angemietet. Für die Leitung des Verlages wurde das Haus Sternberg in der Paulistraße angemietet, und für die Buchhaltung, die Anzeigen- und Vertriebsleitung das Haus Rosenthal und Rustemeyer in der Puppenstraße.

Es gehörte schon ein großes Engagement aller dazu, trotz dieser örtlichen Dezentralisierung und trotz des großen Papiermangels eine Zeitung zu machen, die von den nach Information hungernden Lesern den Boten „aus den Händen gerissen“ wurde.

Nach den Jahren des erzwungenen Schweigens war es für die Herausgeber und die Redakteure eine echte Motivation, der Leserschaft das Bewußtsein der wiedergewonnenen Meinungsfreiheit zu vermitteln. Mit Elan ging das erste kleine Redakteursteam an die Arbeit. Wie die Arbeitsbedingungen damals waren, ist heute nicht mehr vorstellbar: Keine Kohlen, wenig im Magen, schwierige Verkehrsverbindungen, Materialmangel an allen Enden.

Aber die Anzahl der Bewerbungen von Redakteuren und Volontären, die ihre Entnazifi-

zierung hatten abwarten müssen, war beachtlich, und die Redaktion wuchs schnell. Alle Ressorts konnten besetzt und die Außenredaktionen verstärkt werden. So entstand eine großartige und motivierte Redaktionsgemeinschaft.

Die „Press Control“ hatte sich eine Zensur für Lizenzzeitungen vorbehalten. So kam in der ersten Zeit jeweils am Erscheinungstag der WP ein britischer Presseoffizier, um die Druckgenehmigungen zu erteilen. In den politisch noch hochsensiblen Monaten, in denen ein Teil der Bürger orientierungslos nach Antworten suchte, stellte die WP in den Leitartikeln offene Fragen zur Diskussion.

Dr. Sträter schrieb am 25. und 28. Juni 1946 den Artikel *Entnazifizierung in Gerechtigkeit - grundsätzliche Stellungnahme zu einem brennenden Problem des deutschen Volkes*. Es war vorher Papier für Überdruck gehortet worden. Die WP-Nummern 18 und 19 wurden weit verbreitet und lebhaft diskutiert. Die Menschen wußten noch nicht, ob sie wieder Anstellung und Arbeit finden würden; in den britischen Lagern lebten unter schwierigen Umständen zahllose Inhaftierte, die auf ihre Verfahren warteten und zum großen Teil zu den *getäuschten Mitläufern*, wie es Dr. Sträter formulierte, gehörten.

Der durch Zufall der Kontrolle entgangene Artikel brachte Dr. Sträter eine strenge Verwarnung der Militärregierung ein und die Androhung des Lizenzentzuges. Das gleiche passierte nach der Auslieferung der WP vom 15. August und vom 7. Oktober 1947. Dr. Sträter hatte noch einmal die Entnazifizierung kritisiert und geschrieben, daß die Militärregierung ihre Zustimmung zu Beschlüssen des neugegründeten Landtages verweigerte. Er schrieb wörtlich, *daß die Demokratie in Deutschland einstweilen nur ein vorgetäuschter Zustand ist, daß in der Wirklichkeit nicht die demokratische Selbstverwaltung, sondern die Diktatur der Militärregierung herrscht*. Die Militärregierung teilte daraufhin noch einmal ausdrücklich mit: *Der Lizenzträger trägt die Verantwortung für jedes Wort, das in der Zeitung gedruckt wird*.

In Konferenzen und Einzelbesprechungen hat Dr. Sträter immer wieder die Redakteure in ihrer journalistischen Freiheit bestärkt. Er hat sie aber auch an die allgemeinen Anweisungen für die Verleger erinnert. In der Lizenzurkunde stehen die Sätze: *Die Zeitung darf nicht als offizielles Parteiorgan bezeichnet werden. Der Name kann jedoch, sofern dies erwünscht ist, einen allgemeinen Hinweis auf die Ausrichtung der Zeitung erhalten*.

Dr. Sträter hat von Anfang an und bis zu seinem Tode um die Unabhängigkeit seiner Zeitung von der CDU gekämpft. Auch in den Jahren wirtschaftlicher Anspannung hat er keinen Pfennig von der Partei angenommen. Er hat von seinen Redakteuren erwartet, daß sie sich für die große Linie der CDU - vor allem in konfessionellen Fragen - einsetzen, sich aber nicht vor die persönlichen Interessen von Parlamentariern, Kommunalpolitikern und Parteifunktionären spannen ließen. Er hat damit als Herausgeber der WP eine klare Haltung bezogen, eine Linie verfolgt, die bis zum heutigen Tage von allen Redaktionen und insbesondere von der Zentralredaktion gewahrt wird.

Dorita Sträter

AM ANFANG DES WEGES

Für demokratischen Aufbau im christlichen Geist

Wir beginnen

Eine klar ausgerichtete und zielbewußt geleitete Zeitung hat heute beim Wiederaufbau Deutschlands und bei der Sammlung der Geister eine ausschlaggebende Bedeutung. Wer die Knebelung des deutschen Geisteslebens und die Vernichtung einer selbständigen und verantwortlichen Presse in den 12 Jahren des Hitlerregimes mit klarem Bewußtsein erlebt hat, wird heute aufatmen, wenn er hört, daß es nach dem Willen der Militärregierung auch in unserer Zone wieder eine freie Presse geben soll, die der großen Aufgabe der Menschenführung dient. Menschenführung aber heißt auf politischem Gebiet: Menschen heranbilden, die in einer großen demokratischen Gemeinschaft politisch mündig werden, die ihre engere Heimat und ihr deutsches Vaterland lieben, dabei aber nie vergessen, daß wir nur dann den großen Aufgaben der Menschheit dienen können, wenn wir im Geist der Völkerversöhnung das große Ziel vor Augen haben, einst ein gleichberechtigtes Glied der Gesellschaft der Nationen zu werden.

Dieses große Ziel ist für unsere Zeitung, die heute zum ersten Mal erscheint, richtunggebend. Sie trägt in ihrem Kopf den Untertitel „Für demokratischen Aufbau im christlichen Geist“. Damit bekennt sie sich mit ihrem ganzen Mitarbeiterstab zu den ewigen Lebenskräften und Grundwahrheiten des Christentums, die sie in ihrem Dienst an der Gemeinschaft klar verdeutlichen will. Diese Kräfte wirksam werden zu lassen und sie nicht nur in unser privates, sondern auch in das politische und kulturelle Leben einfluten zu lassen, wird unser aller Bemühen sein.

Wir sind uns der hohen Verantwortung bewußt, die wir mit Übernahme der Zulassung dieser Zeitung sowohl gegenüber den Besatzungsbehörden wie gegenüber dem deutschen Volke übernommen haben. Wir können diese Verantwortung nur tragen, wenn wir einerseits das uns anvertraute Werkzeug ganz in den Dienst der Wahrheit stellen, und andererseits sorgfältig aufhorchen auf die Stimme unserer Leser, die in freimütiger Kritik und in ehrlicher Mitarbeit mit uns gemeinsam schaffen wollen an der Bildung einer freien und demokratischen Gesellschaftsform.

Soest, den 15. April 1946

Für die Lizenzträger:
Dr. Artur Sträter

Gern entspreche ich der Bitte, der WESTFALENPOST einen guten Wunsch mit auf die Reise zu ihren Lesern zu geben. Die Zeitung ist neben dem Rundfunk zu einer Großmacht im modernen Leben geworden, die unermesslichen Segen bringen, aber auch furchtbares Unheil anrichten kann. Die Seele der Zeitung bleibt die Wahrheit, ihr Ziel heißt Dienst an der Gemeinschaft durch Förderung des Gemeinwohles. Damit ist die Lüge wie die demagogische Propaganda in gröberen und feineren Formen ebenso abgelehnt wie das einseitige Eintreten für bestimmte Klassen- und Standesinteressen.

Möge die WESTFALENPOST ihren Weg gehen ohne Rücksicht auf Lob und Beifall und unbekümmert um Drohung und Tadel.

„Nec laudibus nec timore“, wie Lehen und Wahlspruch des uns unvergeßlichen Kardinals von Galen es forderten. Möge es ihr gelingen, alle zu einen, die die Wahrheit lieben, die da frei macht, und alle im Geiste wahrer Bruderliebe aufzurufen zum Wiederaufbau einer echt christlichen und sozialen Gemeinschaft in Ehe und Familie, in Arbeit und Beruf, im Volks- und Völkerleben.

Es wird eine der wichtigsten Aufgaben der WESTFALENPOST sein, mitzuhelfen, daß die in ihren Auswirkungen so verheerende Nützlichkeitsmoral im privaten und öffentlichen Leben überwunden wird durch eine an Gottes heiligen Willen orientierte opferbereite und -frohe Gemeinschaftsgesinnung. Bei dieser heute so bedeutsamen Arbeit darf die WESTFALENPOST unserer Unterstützung und unseres Dankes immer gewiß sein.

Paderborn, Ostern 1946.

Der Erzbischof von Paderborn:
Lorenz Jaeger

Soester Kommunalwahlergebnisse von 1946 bis 1994

Für eine kleine Ausstellung des Stadtarchivs vom 17. Juni bis zum 30. September 1999 unter dem Titel „Kampf der Papiere - Wahlwerbung der Soester Parteien vor Kommunalwahlen - Broschüren, Handzettel und Plakate von 1961 bis 1994“ wurde diese Übersicht zusammengestellt.

Nach der Einnahme unserer Stadt am 6./7. April 1945 enthoben die Amerikaner die nationalsozialistischen Amtsträger, den Bürgermeister, den Beigeordneten und die zehn Gemeinderäte, ihrer Ämter und ernannten den damaligen Stadtinspektor Franz Becker zum Bürgermeister von Soest. Am 8. Mai 1945 wurden die Amerikaner durch die Engländer abgelöst.

Die britische Militärregierung gestattete in ihrer Besatzungszone die Neugründung demokratischer Parteien, die aber teilweise schon etwas außerhalb der Legalität gegründet worden oder im Entstehen waren, offiziell am 15. September 1945. (Die Amerikaner hatten dies schon am 28. August in ihrer Besatzungszone erlaubt.) Am 11. Juni 1945 war der Gründungsauftrag der KPD in Berlin erfolgt. Vier Tage später rief die SPD in Berlin zur Neugründung auf. Am 17. Juni war die (rheinische) Christlich Demokratische Partei in Köln und am 26. Juni in Berlin gegründet worden. (Diese CDP nannte sich im Dezember 1945 in Christliche Demokratische Union um.)

Eine kleine Gruppe von ehemaligen Sozialdemokraten traf sich heimlich schon im Juli 1945 in einer Tischlerwerkstatt in Hamm, um den Aufbau einer Parteiorganisation im Unterbezirk Hamm, zu dem auch Soest gehören sollte, zu beraten. Am 1. September 1945 fand die erste öffentliche Nachkriegsveranstaltung der SPD in Soest statt. Am 26. August 1946 beging die Soester SPD „eine Gründungsfeier zum einjährigen Bestehen“, was auf die Neugründung des Ortsvereins im August bzw. September 1945 schließen läßt. Am 2. September 1945 konstituierte sich die westfälische CDP in Bochum, zehn Tage später die Soester.

Am 14. Oktober 1945 wurde in Soest die Deutsche Zentrumspartei für die britische Besatzungszone gegründet. Vermutlich folgte danach bald ein Soester Kreis- bzw. Ortsverein.

Ab dem 21. November 1945 amtierte ein von der Militärregierung eingesetztes Stadtparlament. Die SPD hatte 11, die CDU 11 und die KPD 6 Sitze erhalten. Den Vorsitz führte der von der Besatzungsmacht eingesetzte Bürgermeister Franz Becker (SPD). Mit 29 Personen hatte dieser Rat ebensoviele Mitglieder wie der letzte freigewählte der Weimarer Republik. Franz Becker schied am 14. März 1946, als er zum Stadtdirektor ernannt wurde und „nur noch“ hauptamtlicher Chef des Rathauses war, aus dieser Funktion aus. Bürgermeister, also Repräsentant der Ratsversammlung, wurde August Müller (CDU). Zugleich rückte nach besonderer Genehmigung des britischen Militärkommandanten ein Vertreter des Zentrums, das bei der ersten Zusammensetzung der Versammlung nicht berücksichtigt worden war, in den Rat nach.

Die ersten freien Kommunalwahlen nach 1933 fanden am 15. September 1946 statt. Sie erfolgten nach dem noch heute in England herrschenden Persönlichkeitswahlrecht, das jene Partei bevorzugt, die die meisten Kandidaten direkt durchbringt. 1946 war das die CDU, die von 18 möglichen 17 Direktmandate erzielte, die SPD nur eins. Die CDU erhielt noch zwei Sitze über die Reserveliste. Die CDU entsandte also 19, die SPD 4

Ratsmitglieder, und das Zentrum stellte einen Vertreter. Beworben hatte sich auch die KPD, die aber kein Mandat erringen konnte. Bürgermeister wurde August Müller (CDU).

Am 6. April 1948 wurde vom nordrhein-westfälischen Landtag ein neues Gemeindegewahlgesetz, ein Kompromiß zwischen dem Persönlichkeits- und Verhältniswahlsystem gegen die Stimmen der CDU und FDP verabschiedet.

Am 17. Oktober 1948 wurde nach diesem Gesetz ein neues Kommunalparlament gewählt. Die Ergebnisse dieser Wahl sind mit denen von 1946 nicht zu vergleichen, wohl aber mit den nun folgenden.

Die CDU errang 11, die SPD 9 und das Zentrum 4 Sitze im Soester Stadtrat. Die KPD erhielt nur 3,3 % der abgegebenen Stimmen und damit kein Mandat. Zum Bürgermeister wurde Dr. Hubertus Schwartz (CDU) gewählt.

Bei der nächsten Kommunalwahl am 16. November 1952 bewarben sich erstmals die FDP und der BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten). An diese Parteien verlor vor allem die CDU Stimmen. Sie errang nur 7 Mandate, die SPD 9, die FDP ebenfalls 9, das Zentrum 3 und der BHE 2. Die KPD blieb mit 215 Stimmen bedeutungslos. Bürgermeister wurde Wilhelm Runte (FDP), sein Stellvertreter Georg Dülberg (SPD).

Am 28. Oktober 1956 fanden Neuwahlen statt. Die SPD wurde mit 11 Mandaten erstmals stärkste Partei. Die CDU errang 10, die FDP 7 und das Zentrum 2 Sitze. Die KPD war am 17. August des Jahres durch das Bundesverfassungsgericht verboten worden, der BHE war hier nicht zur Wahl angetreten. Zum Bürgermeister wurde Georg Dülberg (SPD), zu seinem Stellvertreter Walter Klemann (CDU) gewählt. Nach dem Tod Dülbergs am 8. Juni 1960 folgte ihm Günter Jaschke (SPD) als Bürgermeister.

Die nächste Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen sollte am 23. Oktober 1960 stattfinden. Wegen einer noch nicht entschiedenen Verfassungsklage parteiloser Wählergruppen, die bisher von der Teilnahme an Kommunalwahlen weitgehend ausgeschlossen bzw. stark behindert waren, da sie keine Reservelisten einreichen konnten, aus denen sie nach ihrem Stimmenanteil Vertreter in die Stadt- oder Kreisparlamente hätten entsenden können, wurde der Wahltermin durch Erlaß des Innenministers am 19. August 1960 auf vorerst unbestimmte Zeit verschoben. (Einzelbewerber in Wahlbezirken waren vorher zulässig gewesen. Sie konnten sich aber in der Regel gegen die etablierten Parteien nicht durchsetzen.)

Das Bundesverfassungsgericht entschied am 2. November 1960 zugunsten der parteilosen freien Wählergruppierungen. Auch sie durften nun und zwar schon zur bevorstehenden Kommunalwahl Reservelisten einreichen. Nach dem Spruch des Verfassungsgerichtes änderte der NRW-Landtag am 20. Dezember 1960 entsprechend das Wahlgesetz, nachdem er schon am 28. November 1960 den neuen Termin für die Kommunalwahlen auf den 19. März 1961 festgelegt hatte.

Schon im August/September 1959, nachdem in mehreren Sitzungen des Soester Rates über Zuschüsse für das damalige Soester Mozartorchester und über den Bau eines „Kulturpalastes“, das spätere Wilhelm-Morgner-Haus, intensiv diskutiert wurden war, hatten sich um Erich Gröblichhoff, Ernst Keining und Josef Koch einige Soester Bürger zusammengefunden und beratschlagt, wie sie außerhalb der parteigebundenen Ratsfraktionen Einfluß auf die Soester Stadtpolitik nehmen könnten. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes war nun ihre Stunde gekommen. Schon kurz nach der Änderung

des NRW-Wahlgesetzes hatten am 14. Dezember 1960 die Initiatoren und 8 weitere Soester eine Satzung für die zu gründende „Soester Bürgergemeinschaft“ ausgearbeitet. Eine öffentliche Versammlung von 60 bis 70 Teilnehmern, so der Soester Anzeiger vom 14. Januar 1961, beschloß am 12. Januar 1961 diese Satzung und ein 16 Punkte umfassendes Programm. Nach ihrer Gründungsversammlung rekrutierte die SBG aus ihren Reihen 15 Direktkandidaten für die einzelnen Wahlbezirke in der Stadt und reichte außerdem eine 20 Namen umfassende Reserveliste ein.

Am 19. März 1961 gewann die neugeborene SBG aus dem Stand 5 Ratssitze. Die CDU erhielt 12, die SPD 9 und die FDP 4. Der Ortsverein Soest der katholischen Zentrumspartei hatte sich Anfang November 1958 aufgelöst, und der BHE war mit 712 Stimmen unter der 5-%-Sperrmarke geblieben. Bürgermeister wurde Walter Klemann von der CDU.

Am 27. September 1964 stimmten die Soester Bürger erneut über die Zusammensetzung des Rates ab. Die CDU gewann 13, die SPD 12, die FDP 4 und die SBG 2 Sitze. Das sogenannte „Neue Zentrum“ - wohl auf Kreisebene organisiert - blieb mit 465 Stimmen (= 2,7 %) ebenso wie die Gesamtdeutsche Partei (GDP) mit 204 Stimmen (= 1,2 %) unter der 5-%-Marke. Bürgermeister wurde wieder Walter Klemann.

Die Wahl am 9. November 1969 erfolgte nach der kommunalen Neugliederung, die Soest um etliche Umlandgemeinden vergrößert hatte. Jetzt waren 41 Ratsmitglieder zu wählen. Die CDU gewann 14, die SPD 13, die Bürgergemeinschaft (BG) 10 und die FDP 4 Mandate. Walter Klemann wurde zum dritten Mal Bürgermeister.

Bei der Kommunalwahl am 4. Mai 1975 waren 45 Ratsdamen und Ratsherren zu wählen. Die CDU entsandte 19, die SPD 16, die BG 6 und die FDP 4 Mitglieder. Die von der BG abgespaltene und zur Wahl angetretene Soester Bürgerunion (SBU) blieb mit 2,5 % der Stimmen draußen vor. Bürgermeisterin wurde Ingrid Kipper von der CDU.

Die nächste Wahl am 30. September 1979 erbrachte 20 Sitze für die CDU, 17 für die SPD, 5 für die BG und 3 für die FDP. Die SBU erhielt mit 603 Stimmen nur 2,9 %. Bürgermeisterin wurde wieder Ingrid Kipper (CDU), die 1981 schwer erkrankte und durch Helmut Busmann abgelöst wurde.

Die nächste Kommunalwahl fand nach genau fünf Jahren am 30. September 1984 statt. Die CDU erhielt 19, die SPD 18, die BG 4 und die erstmals hier angetretenen Grünen ebenfalls 4 Sitze. Der FDP gelang mit 4,2 % der Stimmen nicht die Rückkehr in den Rat. Die SBU blieb mit 1,2 % weit abgeschlagen. Der unabhängige Einzelbewerber im Stimmbezirk 4 (Wieseschule), Reinhart Drunkemöller, erreichte dort 13 %, die aber für den Einzug in den Rat nicht reichten. Als stärkste Partei stellte die CDU wieder mit Helmut Busmann den Bürgermeister.

Die Wahl am 1. Oktober 1989 machte nach langen 33 Jahren die SPD zum zweiten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg zur stärksten Fraktion. Sie gewann 19 Mandate, die CDU 16, die BG 6, und die Grünen blieben unverändert bei 4 Ratsmitgliedern. Die FDP erzielte nur 4,5 % der Stimmen, und die ebenfalls angetretenen rechtslastigen Republikaner kamen auf nur 2,8 %. Nach 1956 wurde nun mit Peter Brüseke wieder ein Sozialdemokrat Soester Bürgermeister.

Bei der letzten Kommunalwahl am 16. Oktober 1994 erreichte die SPD mit 21 Sitzen im Rat ihr bisher bestes Ergebnis. Die CDU gewann 16, die BG 5 und Bündnis 90/Die Grünen erhielten 3. Die FDP blieb mit 4,5 % der Stimmen bei ihrem Ergebnis von 1989. Bürgermeister wurde erneut Peter Brüseke.

Aufgrund einer neuen Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen wurde Peter Brüseke nach dem Ausscheiden von Stadtdirektor Helmut Holtgrewe vom Rat zum hauptamtlichen Bürgermeister gewählt. Er trat sein Amt am 1. Dezember 1995 an.

Die nächste Kommunalwahl mit der Wahl der Ratsmitglieder und der erstmaligen Direktwahl des hauptamtlichen Bürgermeisters durch die Bevölkerung findet am 12. September 1999 statt.

Die SPD, die CDU, die BG, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP treten mit eigenen Bürgermeisterkandidaten an.

Gerhard Köhn

Gemeindewahl

Stimmzettel

für die Wahl des Bürgermeisters der Gemeinde
STADT SOEST

am 12. September 1999

nur **eine(n)** Bewerber(in) ankreuzen,
sonst ist Ihre Stimme **ungültig !**

Hier
ankreuzen
↓

Brüseke

1	Brüseke, Peter Bürgermeister Milchstraße 28 59494 Soest	Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD	<input type="radio"/>
2	Dr. Ruthemeyer, Eckhard 1. Beigeordneter u. Stadtkämmerer Opmünder Weg 16 59494 Soest	Christlich Demokratische Union Deutschlands CDU	<input type="radio"/>
3	Strothkamp, Rolf Kaufmann Kurze Straße 7 59494 Soest	Bürgergemeinschaft BG	<input type="radio"/>
4	Liedmann, Werner Erzieher Hugo-Kükelhaus-Weg 12 59494 Soest	Bündnis 90/Die Grünen GRÜNE	<input type="radio"/>
5	Gebhardt, Regine Werbeberaterin Am Hengsbach 15 59494 Soest	Freie Demokratische Partei F.D.P.	<input type="radio"/>

Das Veranstaltungsprogramm bis Dezember 1999

- So., 29.8.1999
10.00 Uhr
Treffpunkt Archiv
Jakobistr. 13
Radwanderung (mit ausgiebigen Pausen)
zur Schäferkämper Wassermühle in Bad Westernkotten
mit einer Führung durch das Technische Kulturdenkmal.
Leitung: *Dirk Elbert, Dr. Ulrich Löer.*
- Fr., 10.9.1999 -
So., 12.9.1999
**Besuch des Heimat- und Kulturvereins aus unserer
Partnerstadt-Herzberg**
- Di., 14.9.1999
19.30 Uhr
Ressource
Rathausstr. 1
**Vortrag: Paderborn 799: Karl der Große, die Sachsen
und das Papsttum.** Vorbereitung des Besuchs der Paderborner
Ausstellung am 25. September.
Referent: *Prof. Dr. Arnold Angenendt, Universität Münster.*
- Fr., 24.9.1999
19.30 Uhr
Ressource
Rathausstr. 1
**Einführung in das Konzept der Paderborner Ausstellung
mit Lichtbildern**
Referent: *Dr. Ulrich Löer.*
- Sa., 25.9.1999
13.00 Uhr
Treffpunkt
Parkplatz Stadthalle
**Besuch der Ausstellung "Kunst und Kultur der
Karolingerzeit" in Paderborn**
Leitung: *Dr. Walter Melzer.*
Im Jahr 799 trafen sich Karl der Große und Papst Leo III. in
Paderborn. Die Ausstellung erinnert an dieses Ereignis, das die
politische Landschaft des damaligen Europa nachhaltig
beeinflusste. Preis 30,- DM.
- Mi., 17.11.1999
Ressource
19.30 Uhr
Rathausstr. 1
**Vortrag: 50 Jahre Grundgesetz der Bundesrepublik
Deutschland: Reflexionen zur jüngeren deutschen Geschichte**
Referent: *Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Ruhr-Universität Bochum.*
- Mi., 8.12.1999
15.00 Uhr
Walburgerstr. 56
Besichtigung der Bauhütte der Wiesenkirche
mit Führung und anschließendem Umtrunk zum Jahresende.
Leitung: *Jürgen Prigl, Hüttenmeister.*

Hinweise:

Zu allen Veranstaltungen sind Gäste herzlich willkommen. Beitrittserklärungen sind jederzeit im Stadtarchiv und im Kultur- und Verkehrsamt der Stadt Soest erhältlich. Zu den Exkursionen und der Wochenendstudienfahrt ist rechtzeitige Anmeldung in der Geschäftsstelle im Stadtarchiv (☎ 0 29 21/1 03-3 43) nur zu den Geschäftszeiten (Mo-Fr 8.30-12.30, Mo-Mi 14.00-16.00, Do 14.00-17.30 Uhr) erforderlich. Bei zu geringer Teilnehmerzahl wird die Veranstaltung kurzfristig (in der Lokalpresse oder telefonisch) abgesagt. Änderungen des Programms werden in der Tagespresse bekanntgegeben. Der Singekreis unseres Vereins unter der Leitung von Frau Helene Zens und Frau Mary Neuhaus lädt Damen und Herren, die Freude am Volkslied haben, herzlich zum Mitmachen ein. Auskunft erteilt Frau Zens, ☎ 0 29 21/1 40 18.

- Herausgeber: Verein für Geschichte und Heimatpflege Soest e.V., August 1999
Geschäftsstelle im Stadtarchiv, Jakobstraße 13, 59494 Soest,
Telefon: 0 29 21/1 03-3 43.
- Redaktion: Dr. Gerhard Köhn, Geschäftsführer

A Soest, 6. Nov. Ein warmes, frühlingsartiges Wetter verursachte, daß der Allerheiligenmarkt bis jetzt, besonders aber am gestrigen Tage einen ungemein lebhaften Verlauf genommen hat. Der Verkehr am gestrigen Tage war so stark wie wohl selten, in den Hauptstraßen der Stadt und im Mittelpunkte derselben stauteten die Menschenmassen vom frühen Morgen an, fast beängstigend aber in den Nachmittags- und Abendstunden, nur so auf und ab. Die Züge der Staats- und Kleinbahn brachten aus allen Himmelsrichtungen immer neue Scharen, sodaß in der Gegend des Rathhauses sich die Menschen oft stauten und das Gedränge mehr wie ungemüthlich wurde. Herrschte auf dem Markte, in den Schaubuden zc. zc. und in den Restaurants lebhaftester Verkehr, so war das Gegentheil hiervon im blauen Saale zu verzeichnen. Abgesehen davon, daß der Zugang zum blauen Saal von der Wiesestraße aus verschlossen gehalten wurde, was die Frequenz im Saale mit beeinträchtigte, war in der Hauptsache das schöne Wetter an dem spärlichen Besuch des Saales schuld. Mit dem finanziellen Ergebnis des gestrigen Tages dürften alle in Betracht Kommenden zufrieden sein können. Wie alljährlich, so hat auch der diesjährige Markt wieder eine Reihe von Gefindel mannigfachster Art herangezogen: Taschendiebe und sonstige Spitzbuden verschiedenen Genres und beiderlei Geschlechts, Kaufbolde, Weibsteute, die einem schmutzigen Gewerbe fröhnen und die Gimpel rupfen usw. Die Polizei war in voller Stärke ununterbrochen thätig und gelang es ihr in Folge thatkräftigen Einschreitens eine ganze Reihe der gefährlichsten Subjekte festzunehmen und die Sicherheit, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Verhaftet wurden gestern 9 Personen, darunter mehrere Pöndler oder Schausteller wegen Verübung groben Unfugs, mehrere Weiber nebst Zuhältern und Taschendiebe. Ein Frauenzimmer wurde verhaftet, weil es einem Manne Uhr und Portemonnaie gestohlen hatte. Zu diesem Frauenzimmer gehörten noch zwei Kerle, denen man auf der Spur ist. Da das schöne Wetter anscheinend noch für die nächsten Tage bleiben wird, so dürfte der Besuch des Marktes auch an diesen noch recht stark werden.

+ Niederhoffs Kinematograph erfreute sich an den verflossenen Markttagen eines großen Zuspruchs des Publikums. Die zur Darstellung gelangenden Bilder, bewegliche Photographien, sind für Jedermann interessant, das Gebotene verdient Anerkennung. Aus den neueren Zeitereignissen wird die Dreyfußepisode in mehreren Bildern veranschaulicht, die allein den Besuch des „Kinematographen“ schon empfehlenswerth machen.

= Ein Mann, der auf dem Allerheiligen-Viehmarke zwei Pferde gekauft, logirte sich damit bei dem Gastwirth Rajche hier ein. Nachts gegen 12 Uhr krannte er die Thiere dann in einen, dem Wirths K. gehörigen Wagen (Break) und verschwand damit. Die Sonnabend früh benachrichtigte Polizei ermittelte eine nach Brakel führende Spur, wo der Gauner dann auch von der dortigen Polizei ermittelt und festgenommen wurde. Seinen Wagen konnte der Bestohlene sich heute wieder holen.

+ Vollständig sinnlos betrunken fand man gestern Morgen im Jacobi-Röthen-Binnerwall einen Mann, der jedenfalls durch Stürzen zur Erde sich das Gesicht bis zur totalen Unkenntlichkeit zerfallen hatte. Zuerst per Karren zur Polizeiwache gebracht, wo man die Persönlichkeit aber nicht zu ermitteln vermochte, wurde der Mann dem Waisenhause übergeben.

Δ Der Arbeiter Frz. Sommer aus Soest wurde gestern Morgen in der früher Gauwerkly jetzt Schaaro'schen Gräfte todt aufgefunden. Der Mann hatte das Genick gebrochen und ist jedenfalls im Laufe der Nacht von der Wallmauer abgestürzt. Der Todte, bei dem man außer einer noch halb gefüllten Schnapsflasche sonstige nennenswerthe Sachen nicht vorfand, wurde in die Leichenhalle gebracht.